

Rentner wollen auch Heizkostenzuschuss

Politik CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei hat mit den Vorstandsmitgliedern des VdK in Villingen über sozialpolitische Themen diskutiert. Gegen Freigabe von Cannabis.

Villingen-Schwenningen. Die Bundesregierung will mit einem rund 15 Milliarden umfassenden Entlastungspaket für viele Bundesbürger die gestiegenen Energiekosten zumindest zum Teil kompensieren. Nicht berücksichtigt werden dabei Rentner, Studenten oder Geringverdiener. Dies wurde von den Repräsentanten des VdK-Kreisverbandes Villingen Manfred Brendel, Kerstin Huber-Ludwig, Gabi Schuster und Helmut Fuchs wie auch vom CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei in einer Gesprächsrunde kritisiert.

300 Euro gefordert

Kreisvorsitzender Manfred Brendel forderte, dass auch die Rentner den Heizkostenzuschuss bekommen. Bisher habe man beim Entlastungspaket noch nichts über die Rentner gehört. „Das können wir vom Sozialverband so nicht stehen lassen. Hier muss etwas passieren: Wenn Zuschläge von 300 Euro, dann bitte auch für die Rentner“, betonte der VdK-Kreisvorsitzende. Thorsten Frei sagte in diesem Zusammenhang, dass die Union immer wieder betont habe, dass dieses Paket an gewissen Personengruppen vorbeiziele und: „Die Ampel-Koalition hat sich bei ihrer Entscheidung wohl von der Rentenerhöhung von 5,35 Pro-



Zufrieden mit dem Meinungsaustausch: VdK-Vorsitzender Helmut Fuchs, stellvertretende Kreisverbandsvorsitzende Gabi Schuster, Kreisfrauenvertreterin Kerstin Huber-Ludwig, CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei und VdK-Kreisverband Manfred Brendel (von links).

Foto: Privat

zent im Westen und 6,12 Prozent im Osten leiten lassen, dabei aber ausgeblendet, dass wir bei Lebensmitteln eine Inflation von über acht Prozent haben.“

Zum Thema Rente meinte Frei, werde diese die Politik und Gesellschaft angesichts zunehmender Schiefelage durch die Überalterung der Bevölkerung weiter beschäftigen. „Die Rente muss die Lebensarbeitsleistung widerspiegeln und auskömmlich sein. Wir können aber auch nicht dauerhaft so weitermachen und brauchen eine umfassende Reform, die für Einzahler wie für

Empfänger tragbar sein wird.“ Den Bundeszuschuss jährlich zu erhöhen, sei keine Lösung und lähme die Politik zunehmend. „2022 liegt der Steuerzuschuss inzwischen bei 106 Milliarden Euro und bewegt sich damit auf ein Drittel des gesamten normalen Haushalts zu. Hier kommen wir inzwischen an unsere Grenzen.“

Kritisiert wurde vom Kreisvorsitzenden Manfred Brendel auch die geplante Freigabe von Cannabis. Er rechnet mit einem unkontrollierten Konsum, der sich über kurz oder lang finanzi-

ell für alle negativ auf das Gesundheitssystem auswirken wird. „Cannabis sollte nur bei ärztlicher Verordnung und entsprechender Diagnose abgegeben und dann von der Kasse bezahlt werden. Das sieht auch Thorsten Frei so. „Die Union lehnt die Freigabe bekanntlich ab, weil damit einfach Gefahren für die Gesundheit verbunden sind. Cannabis ist eine Einstiegsdroge“, meinte der CDU-Abgeordnete. Auch die von der Regierung erhoffte Entkriminalisierung werde nicht gelingen, da sich die illegalen Märkte neue Wege suchen werden, um im Geschäft zu bleiben.

Defizit bei Wohnungsbau

Diskutiert wurde auch über bezahlbaren Wohnraum oder finanziell belastende gesetzliche Vorschriften. Eine klimafreundlichere Heizung könne sich ein Rentner selten leisten, ebenso eine höhere Miete nach aufwendiger Sanierung. Thorsten Frei betonte, dass ein Mietendeckel auch keine Lösung sei, weil auf lange Sicht mangels Rendite Investitionen ausbleiben würden. Abhilfe bringe nur ein hohes Angebot, das letztlich den Preis drücke. Entsprechend müsse mehr gebaut werden, um das Defizit von rund einer Million Wohnungen auszugleichen. *eb*